



Schleswig-Holstein
Der Chef der Staatskanzlei

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 19/2533

Der Chef der Staatskanzlei des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel



An den Vorsitzenden des Finanzausschusses des
Schleswig-Holsteinischen Landtages
Herrn Thomas Rother, MdL
Landeshaus
24105 Kiel

nachrichtlich:

Frau Präsidentin
des Landesrechnungshofs
Dr. Gaby Schäfer
Berliner Platz 2
24103 Kiel

über das:

Finanzministerium
des Landes Schleswig-Holstein
Düsternbrooker Weg 64
24105 Kiel

gesehen
und weitergeleitet
Kiel, den 31.05.2019

20. Mai 2019

Information über die von der Staatskanzlei unterstützten Organisationsuntersuchungen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

gern informiere ich Sie über den Stand der von der Staatskanzlei unterstützten Organisationsuntersuchungen in der Landesverwaltung Schleswig-Holstein und übersende Ihnen als Anlage eine Übersicht der aktuellen Projekte.

Mit freundlichen Grüßen

Dirk Schrödter

Vom Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung der Staatskanzlei durchgeführte Organisationsuntersuchungen

Im Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung der Staatskanzlei werden schrittweise eigene Kompetenzen und Kapazitäten aufgebaut, um selbst Organisationsprojekte in der Landesverwaltung durchzuführen. Die Organisationsberaterinnen und –berater des Kompetenzzentrums Organisationsentwicklung der Staatskanzlei haben 2018 und 2019 unter anderem in folgenden Projekten mitgearbeitet.

1. Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MILI): Moderne und zukunftsorientierte Ausrichtung des Landesamtes für Vermessung und Geoinformation des Landes Schleswig-Holstein (LVermGeo SH)

Das LVermGeo SH nimmt vielfältige und umfangreiche Aufgaben im Bereich der Vermessung und Geoinformation für das Land Schleswig-Holstein wahr. Mit den Kabinettsbeschlüssen vom 24.04.2018 zu den „Leitlinien zur Fortentwicklung des LVermGeo SH“ und vom 25.09.2018 zur „Umsetzung der Meilensteinplanung“ wurde die Grundlage zur Fortentwicklung des LVermGeo SH zum Geokompetenzzentrum des Landes Schleswig-Holstein gelegt. Mit dieser neuen Aufgabe soll vor allem die landesweite Hebung von Geofachdaten in den Ressorts und der Verfügbarmachung von Geodaten für alle Bereiche (Politik, Wirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft, usw.) erreicht werden. Im Rahmen des Projektes wird eine detaillierte Personalbedarfserhebung für alle Aufgaben des LVermGeo SH erarbeitet, um eine belastbare Planungsgrundlage für den Personalbedarf der kommenden Jahre zu erhalten. Zusätzlich werden Kernprozesse sowie ausgewählte weitere Prozesse des LVermGeo SH analysiert und optimiert. Auf Grund der Altersstruktur des Personals des LVermGeo SH finden in den nächsten Jahren große personelle Veränderungen statt. Vor diesem Hintergrund wird zudem die bestehende Personalgewinnungsstrategie des LVermGeo SH evaluiert. Das Projekt wurde im Dezember 2018 begonnen und soll bis zum Januar 2020 abgeschlossen werden.

2. Finanzministerium: Unterstützung des Projektes KoPers bei der Analyse von Prozessen für das Bewerbungsmanagement im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums

Im Rahmen des Projektes KoPers, mit dem die Einführung eines neuen integrierten IT-Verfahrens zur durchgängigen Digitalisierung aller Personalaufgaben und Prozessschritte umgesetzt wird, müssen unter anderem die Prozesse im Personalwesen detailliert erhoben und analysiert werden. Das Kompetenzzentrum Organisationsentwicklung unterstützte das Projekt KoPers dabei, Prozesse für das

Bewerbungsmanagement im Zuständigkeitsbereich des Bildungsministeriums zu erfassen und durch Prozessmodellierung zu dokumentieren. Darüber hinaus wurden für ausgewählte Prozesse optimierte Soll-Prozesse erarbeitet.

3. Finanzministerium (FM): Durchführung einer Organisationsuntersuchung im Fachbereich Beihilfe des Dienstleistungszentrum Personal des Landes Schleswig-Holstein (DLZP)

Bei der Bearbeitung von Beihilfeanträgen kam es in der Vergangenheit aufgrund des hohen Antragsvolumens temporär zu Verzögerungen bei der Antragsbearbeitung. Im Rahmen des Projektes wurden daher die Ursachen für mögliche Verzögerungen analysiert. Auf dieser Grundlage wurden Empfehlungen erarbeitet, um die Schwankungen im Antragsvolumen zu reduzieren und um die Antragsbearbeitung zu beschleunigen. Das Projekt wurde im Oktober 2018 abgeschlossen. Die Beihilfebearbeitung erfüllt seit April 2018 die Zielvorgabe von zehn Arbeitstagen.

4. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren (MSGJFS): Vorprojekt zur Digitalisierung des Landesamtes für soziale Dienste (LAsD)

Das MSGJFS strebt an, die Leistungen des LAsD weiter zu digitalisieren, um das Angebot noch bürgerfreundlicher zu gestalten und um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des LAsD die Bearbeitung der Anträge weiter zu erleichtern. Hierfür wurde in einem ersten Schritt ein Vorprojekt durchgeführt, um Potenziale und Ansatzpunkte einer Digitalisierung im LAsD zu ermitteln. Im Rahmen des Projektes wurden die zentralen Prozesse des LAsD erhoben und bzgl. Digitalisierungspotenzialen untersucht. Im Ergebnis wurden Empfehlungen zur digitalen Antragstellung im LAsD erarbeitet. Diese sollen im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) realisiert werden. Darüber hinaus wurde empfohlen, die Sachbearbeitung für die Bereiche Schwerbehindertenrecht, Elterngeld und Opferentschädigung durch ein Folgeprojekt bzw. durch die Mitarbeit in Projekten auf Bundesebene weiter zu digitalisieren. Das Vorprojekt wurde im März 2019 abgeschlossen. Die Umsetzung der Empfehlungen wird aktuell vorbereitet.

Extern begleitete Organisationsuntersuchungen

Es werden aktuell folgende Organisationsuntersuchung mit Begleitung durch externe Beratungsunternehmen durchgeführt. Die Beauftragung der Beratungsleistungen wurden von der Staatskanzlei im Rahmen von Ausschreibungen beauftragt. Hierbei wurde entsprechend der vergaberechtlichen Bestimmungen das jeweils wirtschaftlichste Angebot berücksichtigt. Die Bewertung der Wirtschaftlichkeit erfolgte auf der Grundlage einer Bewertungsmatrix der GMSH. Bei der Bewertung der Angebote wurde die Leistung mit 70 Prozent gewichtet und der Preis wurde mit 30 Prozent gewichtet.

1. Staatskanzlei: Externe Evaluierung des European Centre for Minority Issues (ECMI)

Das ECMI ist eine wissenschaftliche Einrichtung mit Sitz in Flensburg, die Gutachten zu Minderheitenfragen in Europa erarbeitet bzw. beauftragt. Träger des ECMI sind das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland sowie das Land Schleswig-Holstein. Die Träger des ECMI führen regelmäßig externe Evaluierungen des ECMI durch. Für die Evaluierung 2018/19 ist das Land Schleswig-Holstein für den Bereich Organisation und Personal verantwortlich. Mit der Durchführung der Evaluierung wurde Herr Prof. Dr. John Siegel von der HAW Hamburg beauftragt. Die Evaluierung soll bis zum Juni 2019 abgeschlossen werden. Das Projekt wurde von Seiten der dänischen Projektpartner später als ursprünglich geplant begonnen, so dass der Projektabschluss entsprechend verschoben werden musste.

2. Staatskanzlei/ Finanzministerium (FM): Aufbau und Pilotierung eines Personalberichtswesens für die Landesverwaltung Schleswig-Holstein

Für das Land Schleswig-Holstein sind Fragen der zentralen Personalentwicklung von hoher Relevanz. Insbesondere vor dem Hintergrund der in den nächsten Jahren erwarteten erheblichen Personalabgänge ist es wichtig, dass das Land entsprechende zielgerichtete Maßnahmen entwickelt, um langfristig die Besetzung der Stellen mit qualifizierten Fachkräften sicherzustellen. Voraussetzung hierfür sind belastbare Auswertungsmöglichkeiten bzgl. des Personals der Landesverwaltung. Im Rahmen des Projektes werden daher Anforderungen an ein entsprechendes landesweites Personalberichtswesen erarbeitet und Empfehlungen für den Einsatz eines Auswertungstools gegeben. Optional ist vorgesehen, ein entsprechendes Personalberichtswesen für ausgewählte Bereiche in der Staatskanzlei zu pilotieren. Mit der externen Begleitung wurde im März 2019 das Unternehmen

Akquinet AG beauftragt. Das Projekt KoPers wird dadurch fachlich bei der Konzeption und dem Aufbau eines Personalberichtswesens unterstützt und kann so die vorhandenen Kapazitäten zielgerichtet einsetzen. Ein Abschluss des Projektes (ohne Pilotierung) ist für das dritte Quartal 2019 geplant.

3. Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG):
Personalbedarfsanalyse im Justizvollzug

Gemäß Beschluss des schleswig-holsteinischen Landtags vom 17. November 2017 ist für den Bereich des Justizvollzuges eine landesweite extern begleitete Personalbedarfsanalyse durchzuführen. Ziel der Personalbedarfsanalyse ist es, den spezifischen Personalbedarf in den einzelnen Anstalten zu ermitteln, der erforderlich ist, um gegenwärtige und künftige Herausforderungen bestmöglich zu bewältigen. Mit der externen Begleitung des Projektes wurde das Unternehmen PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Das Projekt wurde im Juli 2018 begonnen und soll im Januar 2020 abgeschlossen werden.

4. Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG):
Analyse der Aufgabenwahrnehmung in der Lebensmittelüberwachung

In einem gemeinsamen Letter of Intent zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag sowie dem Städteverband Schleswig-Holstein wurde die Zusammenarbeit in einem Projekt zur Analyse der Lebensmittelüberwachung in Schleswig-Holstein vereinbart. Im Rahmen des gemeinsamen Projektes wird angestrebt, die Aufgabenwahrnehmung in der Lebensmittelüberwachung weiter zu verbessern. Hierfür wurde gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten des Landes Schleswig-Holstein ein Organisationsprojekt entwickelt. Im Rahmen des Projektes werden für ausgewählte Aufgaben der Lebensmittelüberwachung optimierte Prozesse erarbeitet. Darüber hinaus werden gemeinsam Empfehlungen zu den für die Aufgabenwahrnehmung benötigten Personalkapazitäten und Sachmitteln entwickelt. Mit der externen Begleitung des Projektes wurde das Unternehmen AFC Public Services beauftragt. Das Projekt wurde im März 2019 begonnen und soll bis März 2020 abgeschlossen werden.

5. Ministerium für Justiz, Europa, Verbraucherschutz und Gleichstellung (MJEVG):
Evaluierung des Hanse-Office in Brüssel

Im Rahmen des Projektes wird die Arbeit des schleswig-holsteinischen Teils des Hanse-Office in Brüssel durch einen externen Gutachter evaluiert. Mit der Evaluierung wurde das Unternehmen PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Das Projekt soll im Juli 2019 abgeschlossen werden.

6. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur: Organisationsuntersuchung der
Stiftung Schleswig-Holsteinische Museen (SHLM)

Die SHLM ist verantwortlich für den Betrieb und die Gestaltung der Museen des Landes Schleswig-Holstein. Verantwortlich für die finanzielle Ausstattung der SHLM ist das Land Schleswig-Holstein. Ein großer Teil der Finanzmittel wird hierbei für die Ausstattung der Stiftung mit qualifiziertem Fachpersonal benötigt. Um den Finanzbedarf der SHLM zielgerichtet zu planen, soll im Rahmen der Organisationsuntersuchung der Personalbedarf der SHLM für die nächsten Jahre ermittelt werden. Darüber hinaus wird im Rahmen der Organisationsuntersuchung die Aufgabenwahrnehmung der SHLM untersucht und ggf. optimiert. Auch die Wirtschaftlichkeit der Beauftragung von externen Dienstleistern mit Aufgaben der SHLM wird geprüft. Mit der externen Begleitung des Projektes wurde das Unternehmen Prognos AG beauftragt. Ein Abschluss des Projektes ist im September 2019 vorgesehen.

7. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (MBWK) / Finanzministerium
(FM): Organisationsuntersuchung der Prozesse im Hochschulbau

Im Bereich des Hochschulbaus sind regelmäßig viele Akteure an den jeweiligen Baumaßnahmen beteiligt. Daher werden die Prozesse bei Hochschulbauprojekten anhand von zwei ausgewählten Bauvorhaben analysiert. Im Ergebnis werden Empfehlungen für die Optimierung der Prozesse sowie zur Abgrenzung der Zuständigkeiten erarbeitet. Mit der Durchführung des Projektes wurde die Bietergemeinschaft IMAKA Institut für Management GmbH / Avantago GmbH & Co. KG beauftragt. Das Projekt soll bis Ende 2019 abgeschlossen werden.

8. Ministerium für Inneres, ländliche Räume und Integration (MILI): Personalbedarfs-
ermittlung im Landesamt für Ausländerangelegenheiten (LfA)

Die Arbeit des LfA hat insbesondere in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Für den Erfolg der Arbeit des LfA ist die angemessene Ausstattung mit qualifiziertem Personal eine entscheidende Voraussetzung. Daher wurde

ein Projekt für eine Personalbedarfsermittlung für das LfA entwickelt. Mit der externen Begleitung des Projektes wurde das Unternehmen PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft beauftragt. Im Rahmen der Untersuchung wurden ausgewählte Kernprozesse des LfA analysiert und optimiert. Darüber hinaus wurde der konkrete Personalbedarf für die Aufgaben des LfA berechnet. Das Projekt wurde im März 2019 abgeschlossen.

9. Finanzministerium (FM): Verstetigung der Organisationssteuerung im Dienstleistungszentrum Personal des Landes Schleswig-Holstein (DLZP)

Das DLZP strebt an, seine Leistungen sowie die Dienstleistungsorientierung gegenüber den Kundinnen und Kunden kontinuierlich zu verbessern. Ein wesentlicher Baustein hierbei ist die Stärkung der Steuerungsfähigkeit. Daher wurde im DLZP eine „funktionale und institutionelle Organisationssteuerung“ mit einem Controlling und Berichtswesen, samt automatisiertem BI-Tool, aufgebaut. Dieses dient vor allem dazu, die Kapazitätsplanung, den Ressourceneinsatz und die Leistungserstellung im DLZP zielgerichtet zu steuern und zu optimieren. Im Rahmen des Projektes unterstützte das Beratungsunternehmen KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft das DLZP dabei, die Ende 2017/ Anfang 2018 aufgebaute Organisationssteuerung zu verstetigen und zielgerichtet weiterzuentwickeln. Mit dem Projekt wurde im September 2018 begonnen. Ein Abschluss des Projektes ist für den Juni 2019 geplant.